

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1863

24.2.1863 (No. 46)

Karlsruher Zeitung.

Dienstag, 24. Februar.

N. 46.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.
Einkaufsgebühren: die gepaltene Petition oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expeditoren: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1863.

Amtlicher Theil.

Karlsruhe, den 23. Februar.

Ordensverleihungen.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben Sich unter dem 4. Febr. d. J.

gnädigst bewogen gefunden:

dem königlich preussischen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister, Wirklichen Geheimen Rath und Kammerherrn Grafen von Brassier de St. Simon das Großkreuz, und

dem kaiserlich brasilianischen Generalkonsul Francisco Moniz Barreto de Aragao das Ritterkreuz des Ordens vom Jahringler Löwen zu verleihen.

Dienstnachrichten.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben Sich gnädigst bewogen gefunden:

unter dem 14. Febr. d. J.

dem Bezirksförster Kopp in Buchen die erledigte Bezirksforsterei Wertheim zu übertragen;

unter dem 20. Febr. d. J.

den Staatsrath Dr. Weizel auf sein unterthänigstes Ansuchen der Stelle eines Präsidenten des Handelsministeriums in Gnaden zu entheben und die Leitung dieses Ministeriums dem Präsidenten des Ministeriums des großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten, Franz Freiherrn von Roggenbach, interimistisch zu übertragen.

Nicht-Amtlicher Theil.

Deutschland.

Karlsruhe, 23. Febr. Das heute erschienene Regierungsblatt Nr. 9 enthält folgende allerhöchsten herrliche Verordnung, die Organisation der oberen Staatsbehörden betreffend.

Friedrich, von Gottes Gnaden Großherzog von Baden, Herzog von Böhren.

Auf den Vortrag Unseres Staatsministeriums, die Organisation der oberen Staatsbehörden betreffend, haben Wir beschlossen zu verordnen:

§. 1. Die verantwortlichen Chefs Unserer Ministerien des Innern, des Handels und der Finanzen sind befugt, zu Erreichung einer möglichst einheitlichen und wirksamen Erledigung der ihnen übertragenen Obliegenheiten den Geschäftsgang in ihren Ministerien und mit den ihnen untergeordneten Behörden selbstständig zu regeln.

§. 2. Sie sind insbesondere ermächtigt:

1) in allen Fällen, die ihrer Entscheidung vorbehalten sind, oder die sie durch besondere Anordnung zur Entscheidung an sich ziehen, sich von den Direktoren der Zentralmittelstellen mündlichen oder schriftlichen Vortrag erstatten zu lassen oder dieselben zu den Sitzungen der Ministerien zu berufen, oder denselben das Referat über einzelne wichtigere Gegenstände aus dem Geschäftskreis der Ministerien zu übertragen;

2) aus den Mitgliedern ihrer Ministerien nach Bedürfnis zur Besorgung bestimmter Geschäftszweige Abtheilungen zu bilden und, soweit es zweckmäßig erscheint, diesen Abtheilungen auch Mitglieder der Zentralmittelstellen beizugeben;

3) eben solche Abtheilungen in den Zentralmittelstellen anzuordnen;

4) jederzeit Mitglieder ihrer Ministerien den Sitzungen der ihnen untergeordneten Zentralmittelstellen anwohnen zu lassen.

§. 3. Soweit für einzelne Gegenstände kollegialische Behandlung vorgeschrieben ist, bleiben die desselben Bestimmungen überall in Kraft.

Gegeben zu Karlsruhe in Unserem Staatsministerium, den 20. Februar 1863.

Friedrich.

Stabel.

Auf Seiner königlichen Hoheit höchsten Befehl: Schunggart.

* Karlsruhe, 23. Febr. Der Allerhöchsten Verordnung, welche das heute ausgegebene Regierungsblatt enthält, sind, wie wir vernehmen, im großh. Staatsministerium eingehende Erörterungen vorausgegangen, wie sie der Wichtigkeit des Gegenstandes entsprechen. Es hatten sich in Folge der in einzelnen Ministerien herrschend gewordenen, durch die bisherige Organisation veranlasseten Uebung der Geschäftsbearbeitung wiederholt Mißstände herausgestellt, welche durchgreifende Abhilfe erheischen. Insbesondere mußten die Interessen unter der Schwerfälligkeit des Geschäftsganges und der Zersplitterung einer auf vielfache Behörden sich vertheilenden Entscheidung leiden, welche wie die kommerziellen und industriellen Zweige der Staatsfähigkeit vor Allem eine mächtige und willenskräftige Initiative voraussetzen. Es hatten solche Nachteile sich namentlich auch bei solchen Fragen herausgestellt, welche von formeller Seite das Ressort des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten, von mate-

rieller das des Handelsministeriums berührten. Sind wir recht unterrichtet, so hatte in Folge dadurch hervorgerufener Meinungsverschiedenheiten unter beiden Ministerien der Präsident des Ministeriums des großh. Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten bereits nach einer am 13. d. M. stattgehabten Staatsministerialitzung unterthänigst bei Seiner königlichen Hoheit um seine Enthebung von dem innehabenden Posten nachgesucht. Ein gleiches Ansuchen erfolgte unter dem 16. von Seiten des Präsidenten des großh. Handelsministeriums, Hrn. Staatsrath Weizel.

Seine königliche Hoheit geruhten, bevor Sie eine höchste Entscheidung auf die Ihnen vorliegenden beiden Gesuche faßten, zunächst eine genaue Prüfung der zur Sprache gekommenen Organisationsfrage durch eine Kommission des großh. Staatsministeriums anzuordnen. Als deren Aufgabe mußte erkannt werden, die unmittelbare Wirksamkeit der verantwortlichen obersten Staatsbehörden gegenüber den ihnen zunächst unterstehenden Stellen zu erhöhen, und andererseits wieder letztere in dem ihnen zugewiesenen Geschäftskreis der vielfach unnötigen und beengenden Mitwirkung von Kollegialreferenten da zu entheben, wo solche Mitwirkung sachlich und organisationsmäßig nicht geboten ist. Die großherzogliche Staatsregierung ist bisher stetig bestrebt gewesen, die Thätigkeit der Staatsgewalt zu dezentralisiren und an die davon zunächst berührten Interessentkreise abzugeben. Sie muß andererseits um so mehr darauf achten, daß Funktionen, deren konzentrierte Handhabung durch die obersten Staatsbehörden die Natur der zu machenden Leistung, wie eigene bestimmte Pflicht verlangt, auch nicht so sehr zersplittern, daß das schließliche Resultat sich mehr aus einer zufälligen Auffassung untergeordneter Stellen, als aus einer festen und bewußten Willensäußerung der verantwortlichen Chefs der Ministerien ergibt. In der heute erschienenen allerhöchsten Verordnung sind die Mittel gegeben, die Beweglichkeit des Organismus der Behörden zu vermehren, ohne die Garantien der Gründlichkeit der Prüfung irgend zu gefährden. Die Personalfrage im großh. Staatsministerium ist dahin erledigt worden, daß der Präsident des Ministeriums des großh. Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten zugleich die interimistische Leitung des Handelsministeriums übernommen hat. Hr. Staatsrath Weizel, welcher vorerst von der innehabenden Stelle auf sein Ansuchen in Gnaden entlassen worden ist, dürfte in nicht zu langer Zeit eine seinen Wünschen entsprechende hohe Stelle einnehmen, und es ist somit Hoffnung, diesen ausgezeichneten und verdienten Beamten dem großherzoglichen Staatsdienst bald wieder zu ersprießlicher Wirksamkeit zurückzugeben zu sehen.

Frankfurt, 22. Febr. Die „Europe“ veröffentlicht den Inhalt einer Note des Kardinals Antonelli an den Kardinal Fürsten Siggi vom 14. d., erlassen, um die Mißverständnisse aufzuklären, welche Hr. Do Russell's Mittheilungen an die englische Regierung entspringen. Den Schluß bilde die Anzeige, daß der Kardinal-Staatssekretär künftig jede Beziehung zu Hr. Do Russell ablehne, aus welcher gefolgert werden könnte, daß diesem die päpstliche Regierung mehr als einen Privatcharakter zuerkennt.

Aus Bayern, 21. Febr. Man schreibt der „Allg. Ztg.“: Dem Vernehmen nach hat das bayerische Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten eine Zirkularnote erlassen, worin es, im Falle der Sprengung des Zollvereins durch Preußen, die übrigen Staaten des Zollvereins einladet, einen besondern Zollverein zu bilden, in welchem wohl Oesterreich seinen Platz finden würde.

Berlin, (Hrn. v. Bismarck's Zirkularnote vom 24. Januar. Schluß.)

Nachdem in der Zirkularnote gesagt ist, Hr. v. Bismarck habe die Mittheilung erhalten, daß der österreichische Gesandte in Petersburg, Graf Thun, auf seiner Reise nach Petersburg Berlin berühren und die schwebende Frage mit ihm besprechen werde, fährt die Note also fort:

Als derselbe (Graf Thun) hier eintraf, habe ich mich durch die eben erwähnten bedauerlichen Erfahrungen nicht abhalten lassen, seine mir zum Zweck einer Verständigung gemachten Eröffnungen in der entgegenkommendsten Weise aufzunehmen. In Folge dessen erklärte ich mich bereit, auf verschiedene, zwischen uns verabredete Auswege zur Beilegung der Frankfurter Schwierigkeiten einzugehen und insbesondere auf den Vorschlag: die Abstimmung über die Majoritätsanträge in der Delegirtenfrage zu theilen, und nachdem sie über Punkt 1 erfolgt und der Antrag der zur Durchführung der Sache nöthigen Stimmenteinhelligkeit konstatirt wäre, die ganze Angelegenheit, als eine zur weiteren Verhandlung am Bunde noch nicht reife, an die einzelnen Bundesregierungen zur Verständigung unter einander zu verweisen. Graf Thun schlug mir darauf vor, eine Zusammenkunft zwischen dem Grafen Rechberg und mir behufs weiterer Besprechung der Frage zu veranstalten. Ich erklärte mich hierzu geneigt, erhielt indessen in den folgenden Tagen durch Graf Karolvi vertrauliche Mittheilungen, nach welchen Graf Rechberg vor unserer Zusammenkunft die Erklärung meines Eingeständnisses mit Bundesreform-Vorschlägen erwartete, für welche, meines Erachtens, längere und eingehendere Vorverhandlungen erforderlich gewesen wären. Da hiezu die Zeit bis zum 22. zu kurz war, so glaube ich auf die vorgeschlagene Zusammenkunft nur in dem Fall eingehen zu können, daß von vorgängigen verbindlichen Verhandlungen Abstand genommen werde. Ich fügte hinzu, daß es mir vor der Hand wesentlich nur darauf ankommen schiene, zu

verhüten, daß die Verständigung durch die in Frankfurt zu erwartenden Vorgänge erschwert werde, und daß ich bei meinem Eingehen auf Graf Thun's Vorschläge dieses Ziel hauptsächlich im Auge gehabt habe, dessen Erreichung durch die Hereinziehung prinzipieller Fragen von ausgedehnter Tragweite einzuwickeln nur beeinträchtigt werden würde. Da Graf Rechberg hierauf erklärte, daß Oesterreich auf weitere Verfolgung des Antrags in Betreff der Delegirtenversammlung nicht ohne gesichertes Äquivalent verzichten könne, so ist die Zusammenkunft bisher unterblieben.

Von anderer Seite ist der königl. Regierung inzwischen der Bemittlungsvorschlag gemacht worden, sie möge ihrerseits die Depesche des Grafen Bernstorff vom 20. Dezember 1861 zurückziehen, wenn andererseits auf die Durchführung der Anträge wegen der Delegirten verzichtet würde. Ich kann diese beiden Fragen indessen nicht auf gleiche Linie stellen. Die Depesche des Grafen Bernstorff begnügt sich damit, die Ansicht der königl. Regierung darüber auszusprechen, in welcher Weise eine Reform der deutschen Verhältnisse in Angriff zu nehmen sei; es war diese Aeußerung durch eine Anregung des königl. sächsischen Kabinetts hervorgerufen worden, und die königl. Regierung hat mit dieser Note an die freien Entschlüsse der übrigen Bundesregierungen appellirt, ohne auf dieselben in irgend einem Wege drängend einwirken zu wollen. So lange wir uns sagen mußten, daß die Ueberzeugung von der Richtigkeit unserer Vorschläge bei den übrigen Regierungen noch nicht hinreichenden Anklang gefunden hatte, um einen Erfolg in Aussicht nehmen zu können, haben wir die Frage ruhen lassen, und erst nachdem wir durch das Verfahren der Majorität in der Delegirtenangelegenheit zu einer Aussprache provoziert worden waren, hat der königl. Bundestage-Gesandte den Auftrag erhalten, in seiner Abstimmung die Ansichten der königl. Regierung von neuem zu entwickeln.

Die Anträge wegen der Delegirtenversammlung dagegen sind nicht mit derselben Rücksichtnahme auf die Unabhängigkeit der Regierungen von entgegenstehender Ansicht in's Leben getreten, sondern es ist versucht worden, sie den ausdrücklich widersprechenden Regierungen auf dem Wege neuer und dem Inhalt der Bundesverträge Gewalt anstühender Interpretationen letzterer aufzudrängen.

Einem solchen Verfahren gegenüber kann Preußen im Bewußtsein seines guten Rechtes lediglich denjenigen Bundesregierungen, welche die Einigkeit im Innern des Bundes durch ihr aggressives Verfahren in Frage stellen, die Sorge für die Beilegung oder die Verantwortung für die Folgen des von ihnen herausbeschworenen Konfliktes überlassen.

(Hr.) v. Bismarck.

* Berlin, 21. Febr. Die Haltung der Regierung in der polnischen Angelegenheit und namentlich die betr. Konvention mit Rußland beschäftigt fortwährend die öffentliche Meinung im höchsten Grade. Was letztere betrifft, so scheint nach den vielfachen Verlautbarungen immerhin mit Sicherheit angenommen werden zu können, daß durch dieselbe für gewisse Fälle die preussische und russische Grenze aufgehoben ist und in einem Gürtel von 3-4 Meilen die russischen und preussischen Truppen gemeinschaftlich Jagd machen sollen auf alle polnische Insurgenten, wohl die Heerführer einschließen; ferner daß polnische Insurgenten auf Reklamation an die russischen Behörden ausgeliefert werden sollen. Auch der Einmarsch preussischer Truppen zur aktiven Kooperation mit den russischen scheint für gewisse Eventualitäten in Aussicht genommen zu sein.

Man hat behaupten wollen, die Konvention sei im Grunde lediglich das Werk der Militärpartei, die über das Haupt des Hrn. v. Bismarck hinweg Rußland übereifrig die Hand geboten, und der Ministerpräsident sei darüber so unwillig und mit dem Inhalt der Uebereinkunft selbst so wenig zufrieden, daß er von seinem Posten zurücktreten wolle. Dem ist wohl schwerlich so, und was die Ansicht des Hrn. v. Bismarck von den polnischen Dingen betrifft, so kurzem hierüber die verwunderlichsten angeblichen Aeußerungen desselben. So schreibt man z. B. der „Allg. Ztg.“:

Hr. v. Bismarck traf dieser Tage ein hervorragendes Mitglied des Abgeordnetenhauses auf einem Hofball. Eine Unterhaltung knüpfte sich an; man kam auf die polnische Frage, und der preussische Ministerpräsident äußerte im Wesentlichen folgendes: Es gebe zwei Wege, die polnische Frage zu behandeln: entweder den Ausbruch sofort in gemeinsamer Kooperation mit Rußland zu unterdrücken und somit rasch ein fait accompli zu machen, gegen welches die Westmächte dann vergebens protestiren würden; oder aber man könne die Sache sich weiter entwickeln, die Russen und Polen sich fester verheßen lassen, dann, falls die Russen Hilfe erbäten oder gar hinausgeschlagen würden, in Polen einmarschiren und es — für Preußen in Besitz nehmen. Als Hr. v. Bismarck so weit gekommen, äußerte der Abgeordnete seine Freude über den guten Humor des Ministers, der ihm solchen prächtigen Ballspiel auswarte. Im Gegentheil, erwiderte Hr. v. Bismarck, er spreche ernsthaft von ernsthaften Dingen, spreche als preussischer Ministerpräsident; Rußland sei längst Polens müde; Kaiser Alexander habe ihm selbst in Petersburg gesagt, die unwillkürliche Nation der Russen könne die zivilisierteren Polen nicht beherrschen, die Deutschen würden das können. Mit einem genialen Blick in die Zukunft dieses von Preußen eroberten Polen hat die interessante Unterredung geschlossen; der geistreiche Staatsmann hat in einem Athem geäußert, wir würden Polen in drei Jahren germanisiren, und gleichzeitig hinzusetzt: es dürfe nur Personalunion eingetret, und die polnischen Abgeordneten würden nicht länger hier in Berlin, sondern in Warschau tagen. Von dem Aussehen, welches das neueste Bismarck'sche Programm in allen patriotischen Kreisen macht, brauche ich kein Wort zu sagen; an keiner Stelle im Vaterland wird man sich des peinlichen Eindruckes erwehren können, daß der Staat Friedrich's des Großen in schwerer Gefahr schwebt.

Damit haben wir schließlich zugleich noch eine Probe des Tons angegeben — wenn es deren noch bedürfen sollte —, in welchem die preussische liberale Presse von dem Vorgehen der Regierung spricht. Man darf bei der bevorstehenden abermaligen Polendebatte des Abgeordnetenhauses den energischsten Protesten gegen diese neuesten Thaten der allerjüngsten Aera entgegensehen. Ob der Widerspruch nahezu der gesammten europäischen Presse wirklich bereits einen Eindruck auf die leitenden Kreise gemacht hat, steht dahin; unerwähnt soll übrigens nicht bleiben, daß die bezüglichen offiziellen Auslassungen neuestens offenbar vorsichtiger gehalten sind, als im Anfang; auch ist in verschiedenen Blättern davon die Rede, daß weitere militärische Anordnungen bereits sistirt worden seien.

Berlin, 21. Febr. (Köln. Ztg.) In der gestrigen Sitzung der Kommission wegen der polnischen Angelegenheit herrschte über das Prinzip der Nichtintervention und die Verurtheilung der Konvention Einstimmigkeit. Die drei dissentirenden Stimmen der Abgg. Dahsmann, v. Bonin und Sanger hatten nur eine nicht sehr wesentliche Aenderung der Fassung im Auge. Der Referent v. Sybel hob namentlich hervor, daß das Haus, auch wenn gar keine Thatsachen vorlägen, zu dem beantragten Ausspruch berechtigt wäre, und führte dann die schon vorliegenden Thatsachen an. Auch bezog er sich auf eine Unterredung zwischen Hrn. v. Bismarck und dem Vizepräsidenten Behrend auf dem Ballé des Kronprinzen, in welcher ersterer die durch die Konvention beiden Theilen eingeräumte Befugniß, die Grenze auf etwa 3 oder 4 Meilen (oder einen Tagesmarsch) zu überschreiten, zugab. Diese Unterredung, in welcher auch das vielbesprochene Wort, Preußen könne ja auch einmal Polen erwerben, gefallen sein soll, ist nicht zu verwechseln mit einer zweiten in der „Börz.“ erwähnten, die in den heutigen Morgenblättern in Abrede gestellt wird. Der Berichterstatter ging in der Kommission, die sich mit ernsthaften Dingen zu beschäftigen hat, über die mögliche Erwerbung Polens hinweg, legte aber besonderes Gewicht auf die eingeräumte Befugniß der Grenzüberschreitung, die auf der Strecke von 175 (nicht 300, wie Hr. v. Bismarck angab) Meilen ein gutes Stück des preussischen Territoriums in Belagerungsstand erklärt. Die Nachrichten aus London und Paris haben einen solchen tiefen Eindruck hervorgebracht, daß die „Berl. Allg. Ztg.“, die bis jetzt in der polnischen Frage eine etwas reservirte Haltung eingenommen hatte, die einmüthige Annahme der Resolution Hoyerbeker-Carlowitz anempfehlte. — In der heutigen Sitzung der Fortschrittspartei soll die Handhabung der Gesetze in Polen, namentlich der Vereinsgesetze, besprochen werden. Man glaubt, daß auch diese Seite der Frage in irgend einer Form nochmals im Hause zur Erörterung gelangen werde.

Berlin, 22. Febr. (Köln. Ztg.) Die polnische Kommission hat gestern Abend ihren Bericht festgestellt. Derselbe ist kurz. Die vorgestrige Fassung der Resolution ist unverändert beibehalten.

Die Fortschrittspartei wird morgen die Erhöhung der Summe zur Unterstützung hilfsbedürftiger Krieger in §. 3 des Veteranengesetzes auf 250,000 Thlr. beantragen. Einer eventuellen Resolution, die Regierung zu erhöhter Dotirung aufzufordern, wird voraussichtlich auch das linke Centrum zustimmen.

Gestern Abend wurde die „Volkszeitung“, heute die „Berl. Börz.“ konfiszirt.

Posen, 19. Febr. (A. Z.) Obgleich sich in unserer Provinz bis jetzt keine Symptome aufrührerischer Bewegungen gezeigt haben, so scheint sich doch das General-Kommando der vier Armeekorps, welches seit kurzem seinen Sitz hier aufgeschlagen, durch die Kompetenz unserer Zivilbehörden wenig beschränkt zu fühlen. So wurde neuerdings auf seinen Befehl, ohne Wissen des Polizeipräsidenten und des Oberpräsidenten, die Kirche von St. Martin hier von Soldaten durchsucht, um etwa versteckte Waffenvorräthe aufzufinden — ein Verfahren, welches doch nur bei einem Belagerungsstand gerechtfertigt wäre, und gegen welches, dem Vernehmen nach, sowohl der Erzbischof als auch die Zivilbehörden Protest erhoben haben.

Thorn, 17. Febr. Man schreibt der „Rhein. Ztg.“: „Ein Kaufmann, der so eben aus Polen kommt, versichert, daß im benachbarten Gouvernement von Plock die Autorität der russischen Behörden noch ungeschwächt fortbesteht. Einen thatsächlichen Beweis gab die Auslieferung von 4 jungen Polen, die, mit belgischem Paß angelangt, auf dem Bahnhof von Thorn von dem Plazmajor verhaftet und in das neue Militärgefängniß gesperrt wurden. Dem Vertreter der Zivilbehörde wurde auf seine Demonstration eröffnet, daß ein belgischer Paß keinen Werth habe, da ihn sich Jeder verschaffen könne. Am 14. d. sind sie mit starker Bedeckung nach dem Grenzbahnhof geschafft und dort den russischen Behörden ausgeliefert worden.“

Wien, 22. Febr. Alle hiesigen Blätter unterziehen fortwährend die Haltung Preußens in der polnischen Angelegenheit einer Kritik, die an Schärfe kaum derjenigen der französischen und selbst englischen Blätter nachsteht.

Man schreibt der „Köln. Ztg.“: „In Bezug auf die Verhandlungen, welche zwischen Oesterreich und Rußland stattfanden und den Beitritt des letzteren zu der zwischen Preußen und Rußland abgeschlossenen Uebereinkunft zum Zweck hatten, vernimmt man noch nachträglich, daß Rußland für den Fall, daß Oesterreich der Uebereinkunft beitrüge, eine Amnestie für Alle zusagte, welche die Waffen freiwillig niederlegen würden. Von Oesterreich hat Rußland durchaus keine, weder moralische noch materielle Unterstützung zu erwarten, und es ist fälschlich ein großer Vortheil für die Regierung, daß sie sich in diesem Punkte im vollkommenen Einvernehmen mit der Bevölkerung befindet.“

Italien.

Turin, 18. Febr. (A. Ztg.) Zu Gunsten Polens hat eben dahier eine imposante Demonstration stattgefunden, mit

wiederholtem Geschrei Viva la Polonia! Viva Garibaldi! Man hörte mitunter auch den Ruf Viva Napoli come capitale! Die Regierung empfielt Wachsamkeit an der Nordgrenze, da Mazzini mit seinen Gefährten in deren Nähe weilt; Kossuth warnt die hervorragenden Mitglieder der ungarischen Emigration, sich der polnischen Insurrektion anzuschließen, da sie keinen Erfolg verspreche.

Marseille, 20. Febr. Laut Berichten aus Rom vom 17. d. war eine Unternehmung wegen des Brandes des dem Fürsten Torlonia gehörigen Theaters, den man absichtlicher Brandstiftung zuschreibt, angeordnet worden. Der Schaden zum Betrage von 500,000 Fr. ist durch Versicherungen gedeckt. Die in der Nachbarschaft des Schauspielhauses gelegenen Straßen standen in großer Gefahr, da ein heftiger Wind wehte, und auch die Magazine der päpstl. Truppen wurden von den Flammen ergriffen; doch gelang es den von den französischen Soldaten unterstützten römischen Böschmannschaften, dem weiteren Umsichgreifen des Feuers Einhalt zu thun. — Der angebliche Brief, in welchem der Papst die Bewohner Galizien's von der Theilnahme an dem polnischen Aufstande abmahnt, wird jetzt als unecht bezeichnet. — Berichten aus Neapel zufolge hatte sich die Intendantur des Theaters San Carlo in Folge einer polenfreundlichen Kundgebung veranlaßt gefunden, die Lichter im Hause auszulöschen, worauf das Publikum das Theater verließ. Es waren in Neapel 32 Verhaftungen vorgenommen worden, die mit der Entführung des Marschese Avitabile in Verbindung stehen.

Frankreich.

Paris, 21. Febr. Der „Constitutionnel“ bringt heute einen sichtlich offiziellen (von P. Limairac unterzeichneten) Artikel über die polnische Angelegenheit, der im Wesentlichen also lautet:

„So lange Rußland und Polen sich allein gegenüberstanden, erachteten wir es für unsere Pflicht, Nichts zu sagen, was die Insurrektion ungebührlicher Weise ermutigen konnte. Heute stehen die Verhältnisse anders. Preußen hat diese innere Angelegenheit durch seine Einmischung in eine europäische Frage verwandelt. Und wenn die öffentliche Meinung eine Macht ist, wie jeder Staatsmann es anerkennt, so muß das Berliner Cabinet jetzt leicht einsehen, daß es einen großen Fehler beging, indem es verfuhr, zwischen Preußen und Rußland eine nicht bestehende Solidarität der Interessen zu schaffen. Es ist in der That leicht zu erkennen, daß durch die Konvention vom 8. Febr. beide Mächte in eine falsche Stellung gerathen. Ist denn Rußland im Jahr 1863 in Wahrheit auf dem Punkte, auf dem sich Oesterreich 1849 befand, als dieses, in der Klemme zwischen dem italienischen Krieg, der Wiener Revolution und dem ungarischen Aufstande, durch Blut- und Geldverlust erschöpft, die ihm dargebotene Hilfe anzunehmen gezwungen war? Nein; Rußland war nicht so weit, und indem die Konvention vom 8. Febr. ihm eine Hilfe zusichert, deren es vielleicht nicht bedürftig sein wird, erlegt sie ihm eine unbedeutende Demüthigung auf. Die Lage, welche Preußen sich selber schafft, ist nicht minder falsch. Ist Preußen etwa durch den polnischen Aufstand bedroht? Wir hatten bisher gedacht, daß Preußens Interesse und Kraft in Deutschland liege. Muß man wohl fortan glauben, daß es an den Ufern der Weichsel verwundbar ist? Muß außerdem Preußen, indem es dem Nachbar hilft, den Aufstand zu erlösen, nicht befürchten, die schlummernden Leidenschaften im eigenen Lande anzufachen? ... Mühen wir daran erinnern, daß der erste Akt der siegreichen Revolution von 1848 die Befreiung der polnischen Gefangenen war, die im Triumph durch die Straßen Berlins getragen wurden?“

Dies hat die liberale Partei jenseits des Rheines wohl begriffen; sie hat darum auch mit allen Kräften protestirt, und vielleicht vermag ihre Einsicht und Klugheit den Folgen einer unvorsichtigen Politik vorzubeugen, die an alte, durch die Geschichte streng gerichtete Fehler erinnert.

Vom allgemeineren Standpunkte aus bietet die Uebereinkunft vom 8. Febr. vorausgesetzt, daß sie in dem ihr beigelegten Sinne abgefaßt ist, nicht minder ernste Lebenslände dar. Muß man nicht befürchten, daß, durch den preussischen Eifer, Rußland gegen den polnischen Aufstand zu Hilfe zu kommen, Europa unter dem Namen der neuen Karte den alten Namen „Polen“ und anstatt eines Aufstandes von Unterthanen gegen ihre Regierung eine Rückforderung der Nationalität (revendication de nationalité) erblicke? Das heißt die Frage in ihrem ganzen Umfange neu aufwerfen, gewissermaßen den Theilungsauftritt wiederholen, aus freien Stücken den Augen der Welt diesen Akt der Ungerechtigkeit wieder vorzuführen, gegen den ohne Unterlaß das Gewissen der sich nachfolgenden Geschlechter protestirt hat.

Ist dies gescheit? Ist dies klug? Wirft man dadurch nicht eine tiefe Verwirrung und eine große Unruhe mitten in Europa hinein? Und welche Augenblicke glaubte Preußen anzuwählen zu müssen, um eine solche Verantwortlichkeit auf sich zu laden? Gerade den Augenblick, in dem Frankreich das Beispiel der gewissenhaftesten Achtung der Verträge und einer großen politischen Mäßigung gegeben, indem es seinen lebhaftesten Sympathien Gewalt angethan und sich enthalten hatte, auch nur durch ein einziges Wort das Interesse fundzugeben, das es für alle, unglückliche Verbündete hegt und stets hegen wird.

Wir hoffen immer noch, daß der Wortlaut der Konvention den größten Theil dieser Befürchtungen verheuen werde. In allen Fällen hat es Preußen an freundschaftlichen Rathschlägen nicht gefehlt, und es weiß heute, was das gesammte liberale Europa über diese Verletzung des Nicht-interventionsprinzips denkt.

Die andern Blätter setzen ihre Polemik über denselben Gegenstand im Chorus fort. Die dem Palais royal nahe stehende „Opin. Nation.“ schlägt ganz offen den Ton der Nationalitätspolitik an, und wünscht eine Koalition von Frankreich, England und Oesterreich zur Wiederherstellung Polens. Das „Journ. des Deb.“ spricht sich in den energischsten Ausdrücken über die bekannte Auslieferung dreier junger Polen an die russische Polizei aus. Gleichzeitig bringt die „Opin. nat.“ einen von Paul Serwinski unterzeichneten Brief aus Lisibark (?), 13. d. M., worin der Schreiber, als er mit Andern von Preußen nach Polen hinüber gehen wollte, von Gendarmen umringt und verhaftet worden sei; er habe einen Flintenschuß ins Bein erhalten, fünf seien im Ganzen gefangen genommen worden und am 14. nach Brodnica gebracht worden. Ihre Pässe seien in Ordnung, zwar ausländische, aber von der preussischen Gesandtschaft wirksam gewesen. Mit ihm verhaftet seien unter Andern Taroni, Stowiarzki, Machalski. Die „Patrie“ bringt dieselbe

Nachricht und fügt hinzu, Serwinski, Stowiarzki und Taroni seien Zöglinge der Schule von Cuneo und hätten italienische Pässe gehabt; Gaszowski, Judycki und ein sechster seien Zöglinge der polnischen Schule in Paris. Beide Blätter sprechen sich sehr energisch dagegen aus, daß Preußen mit regelrechten Pässen verfehene Reisende im Dienste einer benachbarten Macht gewaltthätig verhaftet.

Rußland und Polen.

St. Petersburg, 20. Febr. Die „Köln. Ztg.“ schreibt:

Auch wenn der Aufstand in Polen sich nicht täglich weiter verbreitete, würde er schon, wenn er sich bis zum 3. März hält, in hohem Grade unheimlich auf die offiziellen Kreise in Petersburg wie in Warschau wirken. An diesem großen Tage fällt im russischen Reich die letzte Fessel der Leibeigenen, und das Reich hat mit einem Male 20 Millionen wirksamer Unterthanen mehr. Bis dahin waren die Gutbesitzer das Medium zwischen der Regierung und den Erbsklaven. Schon längst war für diesen Moment ein militärisches Reg. über das Land gesponnen, das vor jeder Gefahr schützen sollte; die 10 Generalgouverneure und die 32 Militär-gouverneure, lauter Militärs, schienen noch nicht hinreichend; auch unter die Zivilgouverneure stellte man noch 18 höhere Militärs. Diesen waren die Truppen so zugetheilt, daß bei jedem lokalen Erforderniß sofort zureichende Unterdrückungsmittel zur Hand sein sollten. Nun ist der ganze, seit Monaten eingefädelte Plan zerrissen. Man ist mit der vollständigen Auseinanderlegung zwischen Gutsherren, und nun freien Bauern noch vielfach im Rückstande; es begreift sich also, daß die Kommandirenden in den Militärbezirken von Volschnyn und Bobolien keine Truppen zu Verfügung nachschicken für Polen mehr hergeben können und wollen, je näher der 3. März rückt; es begreift sich aber auch, wie die Gefahr wächst, je mehr Wärschen in dem großen Netze aufgelöst werden müssen, um den dringenden Bedürfnissen genügen zu können.

Von der galizisch-polnischen Grenze, 20. Febr. Nach sichern Nachrichten des „Gaz.“ aus dem Sandomirer Gebiete, und namentlich aus dem Lager des Langiewicz bei Staszow, welche bis zum 18. d. M. reichend, kam es bei Staszow zu einem Zusammenstoß zwischen Langiewicz und den Russen, der aber bei weitem nicht jene Ausdehnung und Tragweite hatte, wie ihm fälschlich durch den Telegraphen gemeldet worden war. Am 17. d., 7 Uhr früh, erschien vor Staszow eine Abtheilung russischer Truppen aus Stubnica kommend in der Stärke von 2 Eskadronen Dragoner, 2 Kompagnien Grenzjäger und einer Centurie Kosaken. Von den Pferden gestiegen, eröffneten die Dragoner ein Flintenfeuer und bemühten sich bis zum Dorfe Staszow, einer Vorstadt von Staszow, vorzubringen, auf dem Wege mehrere Höfe und Hütten anzuzünden. Die Grenzjäger besetzten den Weg von Sielce und eröffneten gleichfalls ein Flintenfeuer. Nur ein Theil der polnischen Schützen, ungefähr 600, nahmen ihren Stand am Eingang in die Vorstadt, und erlegten von da gegen 30 Russen, ihnen gleichzeitig die Planten benutzend; der Rest der Aufständischen verließ in der Stadt. Gegen Mittag wurden die Russen zurückgedrängt und zogen sich — 60 Verwundete mit sich nehmend — gegen Stubnica zurück. Die Aufständischen waren auf einen zweiten Angriff nachmittags gefaßt, doch der Rest dieses Tages, sowie die Nacht und der Morgen des 18. verließen ganz ruhig.

Krakau, 20. Febr. Der „Gaz.“ ist wieder in der Lage, den Wortlaut eines Briefes des Vorstehers der diplomatischen Kanzlei in Warschau, Hrn. Tengoborski, an den russischen Gesandten in Paris, Hrn. v. Hudberg, zu veröffentlichen. In diesem Brief, welcher einem geheimen russischen Kurier durch die Aufständischen abgenommen wurde, soll folgende Stelle vorkommen:

„Außerdem ist der ganze Eifer in der Gubernie von Radom vom Militär entblößt, weil die Militärkräfte konzentriert werden. Es ist dies meiner Ansicht nach der wichtigste Punkt, namentlich in Anbetracht des Besuchs, welcher den Aufständischen von Seite der österreichischen Behörden (1) zu Theil wird, denn diese österreichischen Behörden haben bewaffnete Leute von Krakau und Galizien aus zur Verstärkung der hiesigen Banden geschickt (2). — Ich habe diese Nachrichten schon nach Petersburg und Wien übermittelt, jedoch erlaube ich Sie, diese Einzelheiten als Geheimniß zu bewahren.“

Leipzig, 21. Febr. Nach Taronow wurden 16 Flüchtlinge, meist Verwundete, von Szezucin abgestellt. Dieselben sind entwaffnet und werden überwacht. Langiewicz soll sich tiefer ins Land ziehen; die Russen, verstärkt durch Artillerie aus Kielce, rücken gegen ihn an.

Griechenland.

Athen, 22. Febr. (A. Z.) Am 20. d. gab Kanaris seine Entlassung. Bulgarijs und Ruyhos bildeten darauf folgendes Cabinet: Kalligos das Ministerium des Innern, Pondo das des Innern, Chaya das der Finanzen, Artemis das des Kriegs und der Marine, Ballis das der Justiz, Kyriakos das des Ackerbaues und des Unterrichts. Die Nationalversammlung billigte das Ministerium. Am 21. d. brach eine Revolution gegen Bulgarijs, Ruyhos und ihr Cabinet aus. Die Minister nahmen ihre Entlassung. Eine provisorische Regierung wird nicht mehr gebildet; die Nationalversammlung wird das Ministerium und den Präsidenten ernennen.

Großbritannien.

London, 21. Febr. In der gestrigen Sitzung des Oberhauses richtete Lord Ellenborough an den Staatssekretär des Auswärtigen eine Anfrage in Betreff des polnischen Aufstandes. Er betonte namentlich die Gewaltrekrutirung, welche die jungen Leute zur Verzweiflung gebracht, in der sie zu den Waffen gegriffen hätten. Rußland habe in dieser Sache die öffentliche Meinung von ganz Europa gegen sich. Frankreichs Sympathien müßten nach der Tradition selbstverständlich für Polen sein, und Oesterreich habe in dieser Sache von Anfang an mit Loyalität gehandelt.

Aber was sollen wir von Preußen sagen? Erst vor wenigen Wochen lud die Regierung das Meer und Volk ein, den 50. Jahrestag der großen Erhebung Preußens für Volkserichte, und nationale Unabhängigkeit zu feiern. Kann man erwarten, daß die heutigen Vertreter der preussischen Armee sich an die polnische Grenze schicken lassen sollen, um jedes Bein-

zup und Gefühl zu unterdrücken, dass ihnen selbst i. J. 1813 am Herzen lag, und durch dessen Verfestigung sie den höchsten Rang erwarben, den sie seitdem in Europa einnehmen? (Hört! Hört!) Mylord! Dies kann nicht sein. Es widerspricht der Natur; es widerspricht dem Gefühl der Nationen und Armeen; und wenn . . . denn der Versuch gemacht werden sollte, mittelst der Armeen dieselben Prinzipien, denen Preußen die Unabhängigkeit und Ehre des Landes verdankt, mit Füßen zu treten, so wird in dem Königreich eine Krisis ausbrechen, die weiter greifen und alle Staaten Europa's von neuem zerrütten kann.

Schließlich spricht der Redner seine Zuversicht auf die Wiederherstellung Polens, die trotz Alledem nicht ausbleiben könne, aus.

Carl Russell: Ich werde mich in meiner Antwort so viel als möglich auf die mir bekannten Thatfachen beschränken. Den Bericht unseres Konsuls in Warschau kann ich pflichtgemäß Weise nicht vorlegen, weil es ihm dann unmöglich werden würde, uns über den Gang der Dinge weiter zu berichten. Der gegenwärtige Ausbruch ist nicht ganz so plötzlich und unerwartet gekommen, wie der edle Graf zu denken scheint. Wenn in früheren Zeiten das Streben der russischen Regierung darauf gerichtet war, die Landessprache in Polen auszurotten und das Volk vom katholischen Kultus abzuschneiden, so hörte man, daß der jetzt regierende Kaiser im Gegentheil die nationale Entwicklung Polens begünstigt. Der grundbesitzende Adel Polens hielt daher eine Versammlung ab, und setzte, seiner Meinung nach im Einklang mit dem Wunsch des Kaisers, eine Adresse auf, worin er ersucht die Vereinigung der im J. 1772 in Rußland einverleibten Provinzen mit Polen, und zweitens eine konstitutionelle Regierung verlangte. Aber als die Adresse überreicht wurde, erfuhren die Unterzeichner, sie hätten ein schweres Vergehen begangen, und der Ueberreicher, Graf Zamiatki, wurde des Landes verwiesen und kam nach England. So erging es dem Adel. Der Mittelstand seinerseits sah mit Verzweiflung, daß trotz aller Verheißungen in der Verwaltung des Landes nichts besser wurde; er bildete daher, namentlich in Warschau, geheime Gesellschaften, unter deren Mitgliedern manche sich zu den extremen Ansichten Mazzini's bekannten. Die russische Regierung hatte natürlich ein Recht, diese Gesellschaften zu überwachen, die Mitglieder vor ein ordentliches Gericht zu stellen und nöthigenfalls streng zu bestrafen, aber zugleich hätte der Kaiser seine Reformpläne weiter ausführen können. Unglücklicherweise schlug die Regierung, wie man glaubt, auf den Rath eines sehr ausgezeichneten Polen, des Grafen Wielopolski, einen andern Weg ein. Gewiß ist, daß die Konstriktion, wie dieselbe zur Ausführung kam, eine Maßregel von äußerster Härte war und die unglückliche Bevölkerung zur Verzweiflung trieb.

Es war an und für sich eine große Ungerechtigkeit, daß die ganze Last der Konstriktion auf die Städte fiel. Allein überdies wurden die Konstriktionisten aus gewissen, von der Polizei denutzten Namen zusammengeführt, und die so Ueberlesenen galten ohne Verhör und Urtheil für schlechthinige Menschen, die zur Strafe fortgeschleppt werden und als Soldaten dienen sollten, auch wenn sie geflüchteter Weise gar nicht auf die Liste gehörten. Die Mitglieder geheimer Gesellschaften dachten, wenn sie einmal diesen Mühen, werde es besser für sie sein, in der Heimath ihren letzten Blutstropfen zu vergießen, als in der Fremde ihr Leben in russischem Dienst zu verbringen. Diejenigen, die selbst in keine Verschwörung verwickelt waren, ergriffen aus Furcht, nöthig zu werden, die Flucht und beschloßen ihr Leben im Stande zu wagen. Nun, Mylord! diese Maßregel, obgleich nicht gegen eine vollkommen ruhige und wohlgeordnete Bevölkerung ergriffen, war doch eine Maßregel, die nach meinem Erachten kein britischer Minister zu verteidigen wagen würde. (Hört, hört!)

Im Gespräch mit dem russischen Gesandten und in einem Schreiben an Ihren Majestät Gesandten konnte ich nicht umhin, meine Meinung dahin auszusprechen, daß es der unglückliche und ungerechteste Schritt war, den die russische Regierung hätte ergreifen können. (Beifall.) Ich habe eine Unterredung sowohl mit dem russischen, wie mit dem preussischen Gesandten gehabt, aber sie gaben mir keine Abschrift der Konvention; sie erklärten in der That, keine Abschrift zu besitzen; allein sie haben mir den Inhalt der Konvention im Allgemeinen mitgetheilt. Der russische Vorkämpfer sagte mir heute, es sei von Preußen's Seite nicht eine Konvention, um den Aufstand in Polen zu unterdrücken, aber ich hörte von ihm und vom preussischen Gesandten, die Konvention gehe dahin, daß Preußen, anstatt sich vollkommen neutral zu verhalten, den russischen Soldaten erlaube, wenn sie sich auf preussischen Boden flüchten, ihre Waffen zu behalten, und polnische Insurgenten die auf preussisches Gebiet zu verfolgen und auf preussischem Boden gefangen zu nehmen. (Hört, hört!) Ich höre auch, daß die Verbindlichkeit eine gegenseitige ist, und daß, wenn ein Aufstand in Preussisch-Polen ausbrechen sollte, preussische Soldaten die Erlaubnis haben sollen, polnische Insurgenten bis auf russischen Boden zu verfolgen und auf russischem Gebiet gefangen zu nehmen. Aus einer Depesche, die mir der österreichische Vorkämpfer vorgelesen hat, ersehe ich, daß die österreichische Regierung erklärt, sich mit Bezug auf den polnischen Aufstand nicht betheiligen, sondern nur allen Anstrengungen gegen Rußland übernehmene Verbindlichkeiten nachkommen zu wollen. Die österreichische Regierung ergriff keine der Maßregeln, welche Preußen für gut fand, und erklärt im Namen des Kaisers, daß er sich ganz und gar auf die Treue seiner Unterthanen in Galizien verlassen. (Lauter Beifall.)

Ich habe nicht umhin gekonnt, dem preussischen Gesandten zu bemerken, daß die preussische Regierung, meiner Meinung nach, dadurch, daß sie sich an der Unterdrückung des Aufstandes betheiligt, gewissermaßen eine nachträgliche Verantwortlichkeit für die von Rußland ergriffenen Konstriktionsmaßregeln übernommen hat. (Lauter Beifall.) Was die etwa zu ertheilenden Rathschläge betrifft, so müssen sie Gegenstand der ernsthaftesten Erwägung sein. Ich kenne in diesem Augenblick die Zwecke und die Tragweite des Aufstandes nicht ihrer ganzen Ausdehnung nach. Wir wissen nicht, ob er nicht ein höher Akt der Verzweiflung ist, gegen welchen die Einflüsse des Eigenthums mit Erfolg aufgebieten werden können, oder ob er nicht weiter um sich greifen und zur nationalen Bewegung werden wird. (Hört! Hört!) Unter diesen Umständen muß ich es für sehr abzuweisen, die vom edlen Graf gewünschte Schriftstücke vorzulegen.

Lord Palmerston: Ich habe nicht klar verstanden, ob Insurgenten, die, ohne verfolgt zu sein, auf preussischen Boden flüchten, von der preussischen Regierung an die russische ausgeliefert werden sollen. Ich kann mich nicht niederlegen, ohne mein aufrichtiges Bedauern über die uns geschickte Haltung der preussischen Regierung auszusprechen. (Lauter Beifall.) Carl Russell: Ich habe nicht erfahren, daß es irgend einen Artikel oder eine Bestimmung über unbewaffnete Flüchtlinge gibt. Damit schließt die Sitzung. Im Unterhause gibt Lord Palmerston eine ähnliche Erklärung ab; er glaubt nicht, daß die Konvention sich bis

auf ein aktives Zusammenwirken russischer und preussischer Truppen erstreckt.

London, 22. Febr. Der ministerielle „Observer“ schreibt in der heftigsten Weise gegen Preußens polnische Politik.

Amerika.

Neu-York, 8. Febr. Der „Herald“ sagt, General Mac Clellan werde wahrscheinlich bald wieder zum Oberbefehl der Potomac-Armee berufen werden. Man erwartet nichts Bedeutendes bei Vicksburg, so lange der Kanal nicht fertig ist. Die Nordlichen sagen, die Berichte der Südlischen über den Kampf vor Charleston seien übertrieben. Die Blokade soll nie aufgehoben gewesen sein; es habe sich Alles auf einen Angriff zweier südlichen Schiffe auf zwei nördliche Kanonenboote beschränkt, die einige Beschädigung erlitten hätten. Die beiden südlichen Schiffe sind nach Charleston zurückgekehrt, ohne Prisen gemacht zu haben.

Neu-York, 8. Febr. Eine der Legislatur von Illinois vorgelegte Motion erklärt Lincoln's Verfahren für verfassungswidrig und empfiehlt das Zusammenrufen einer Konvention in Louisville, um zum Waffenstillstand und Frieden zu kommen. Das Blokadegeschwader von Charleston ist bedeutend vermehrt worden.

Neu-York, 11. Febr. (Per „Australasian“.) Der Angriff auf Charleston hat noch nicht begonnen. Die gegen die Stadt gerichtete Expedition zählt 125 Fahrzeuge. Der rechte Flügel des Potomac-Heeres hat eine erfolgreiche Reconnoissance vorgenommen. Die Unionstruppen haben angeblich Lebanon in Tennessee wieder besetzt und 600 Mann gefangen genommen. In demselben Staate haben mehrere kleinere Gefechte mit wechselndem Erfolge stattgefunden. Die Nachricht von einer den Südstaatlichen bei Fort Donelson in Tennessee durch den General Rosenkrantz beigebrachten Schlappe bestätigt sich. Die Antipathie gegen die Einreihung von Negro in's Heer und gegen die Sklaveneinwanderung verursacht verschiedene Meutereien im Heere. Der Vorschlag Frankreich's, auf neutralem Gebiete Konferenzen zum Zweck der Wiederherstellung des Friedens abzuhalten, wird von mehreren Unionsblättern befürwortet.

Buenos-Ayres, 14. Jan. Allenthalben werden Baumwoll-Plantagen angelegt; die Regierung unterstützt die Pflanzung, und die Ausschichten sind vortrefflich.

Baden.

Bruchsal, 22. Febr. Aus der früheren Zeit, da die Ortsoberstände („Bögte, Oberbögte“) landesherrliche Beamte waren, hat sich hier wie anderwärts die Übung erhalten, daß die freiwilligen Freiwilligen und Verpflichtungen von Liegenschaften im Auftrag der Betheiligten von dem Bürgermeisteramt besorgt werden; und doch ist diese Übung, wenn auch nicht gerade gesetzlich verboten, für die Interessen der Betheiligten sehr gefährlich. Denn die Bürgermeister haben nach ihrer jetzigen amtlichen Stellung gar kein Beurtheilungsrecht für solche Verträge, also haben jene von ihnen verfaßten Vertheilungsprotokolle nicht die Eigenschaft von öffentlichen Urkunden, und es ist sogar gegenüber den landesherrlichen Bestimmungen zweifelhaft, ob jenen Protokollen in ihrer gebrauchlichen Form auch nur die Beweiskraft von schlechthinigen Privaturkunden zukommt.

Bei der im Ganzen außerordentlich großen Summe von Vermögenswerten, welche auf solche Art jährlich umgesetzt werden, dürfte es sehr wünschenswerth sein, wenn in der bevorstehenden Umarbeitung der Rechtspolizei-Gesetzgebung diese Frage gesetzlich geregelt würde. So lang dies aber nicht geschehen ist, werden die Betheiligten wohl thun, wenn sie sichergehen wollen, jene Vertheilungen durch einen Notar vornehmen zu lassen, was auch keine irgendwie erhebliche Kostenvermehrung zur Folge hat.

Bruchsal, 22. Febr. Der Nachwinter mit gelindem Frost und schönem trockenem Wetter wird vom Landwirth sehr gern gesehen, da er noch zur rechten Zeit dem übermäßigen und allzu frühen Treiben der Vegetation Einhalt that und eine Masse von Ungeleser verthigt. Auch darf man mit diesem Witterungswechsel vielleicht in Verbindung bringen, daß die Blattern dahier fast ganz aufgehört haben.

Der Auswanderungsstrieb der Deutschen ist unzerstörbar, und verlegt eine Abzugsquelle, so findet er eine andere. Niemand stand bei uns im Ganzen der Landmann besser als jetzt, und doch nimmt in diesem Frühjahr die Auswanderung aus unserer Gegend wieder bedeutend zu, und da das frühere Ziel, die nordamerikanischen Freistaaten, durch den furchtbaren Bürgerkrieg verfallen ist, so ziehen jetzt die Wanderlustigen nach Brasilien, von wo allerdings die vor einigen Jahren ausgewanderten fortwährend gute Nachrichten schreiben. — Und bereits acht Familien aus einem einzigen Dorfe haben sich nach den Bekanntmachungen in den beiden letzten Amts-Verkundigungsblättern zu dieser weiten Reise entschlossen. — Zehn guten Privatnachrichten gegenüber muß man wiederholt hervorheben, daß sehr beachtenswerthe Stimmen von der Auswanderung nach Brasilien dringend abmahnen.

Mannheim, 22. Febr. (Mh. J.) In der gestrigen Jahresversammlung des hiesigen Naturvereins wurde von Hrn. Dr. Gerlach der Bericht über die Wirksamkeit des Vereins in dem abgelaufenen Jahre vorgetragen und nach demselben die Neuwahl des Vorstandes vorgenommen, welche auf die H. Graf A. v. Oberdorff als Präsident, Dr. Weber als Stellvertreter, Dr. Gerlach als erster Sekretär, Dr. Hirschmann als Stellvertreter, Dr. Grobe als Bibliothekar, und Partikular Jakob Andriano als Kassier fiel.

Baden, 22. Febr. Die letztvergangene Saison mit ihren 47,500 fremden Gästen war immerhin eine sehr glänzende, obgleich die Jahre 1857, 58 und 61 sich einer noch bedeutenderen Fremdenzahl zu erfreuen hatten; dagegen brachte die Saison von 1862 in anderer Beziehung eine höchst beachtenswerthe Zunahme, indem die Nachweise über den verschiedenen Kurzgebrauch diejenigen aller vorhergehenden Jahre weit übersteigen. Es wurden nämlich nicht weniger als 80,562 Thermalbäder im letzten Sommer abgegeben, während die Zahl derselben im Jahre 1857 — der frequentesten Saison, die der Kurort bisher gesehen — nur 69,704 betrug. Dasselbe Ergebnis lieferte der Verbrauch von auswärtigem Mineralwasser, das in der Trinkhalle abgegeben worden, wovon über 23,000 Flaschen und Krüge konsumirt wurden; im Jahre 1857 nur etwas über 19,000. Die Kolkentur hat sich mit

ihrem vorjährigen Verbrauch von 34,418 Gläsern so ziemlich auf der gleichen Höhe gehalten, wie in den jüngst vorhergehenden Jahren. Unter den abgegebenen Thermalbädern sind auch die Dampf-bäder in einer Zahl von 6154 mit inbegriffen; und wenn Zahlen beweisen, so ist, in Betracht der beschränkten Räumlichkeiten des gegenwärtig vorhandenen Dampfbad-Gebäudes, ein schlagender Beweis dafür geliefert, daß die Herstellung neuer Dampf-bäder ein dringend gebotenes Bedürfnis ist.

Wenn die milde Witterung des gegenwärtigen Winters in verschiedenen Städten des südwestlichen Deutschlands unter den Gewerbetreibenden und Geschäftleuten, denen das Eis ein unentbehrliches Material ist, große Beunruhigung hervorgerufen, so war auch nicht weniger in unserer Stadt eine wahre Eisnot nachgerufen worden, wo das Eis ein unabwiesbares Bedürfnis geworden, was bei einem Kurorte wie Baden wohl ganz natürlich erscheinen wird. Indessen ist in der letztvergangenen Woche dem drohenden Uebelstand vorerst die Spitze abgetroffen worden, indem die Mehrzahl der vielen hiesigen Eisgruben ihren Bedarf, wenigstens theilweise, decken konnten und noch fortwährend können. Das Eis wird theils aus der nähesten Umgebung beigebracht, theils aus weiterer Entfernung, wie z. B. aus der Nähe vom Kaltenbrunn aus dem Wilssee (auch Horn- oder Pfannenstee genannt). Das Letztere verursacht natürlich bedeutende Kosten; wie man sagt, soll der Wagen mit 20 ft. bezahlt werden. — Trotz der frostigen Nächte der letzten Woche haben wir doch des Tags über das herrlichste Frühlingswetter, und die ersten Kitzelnoten kommen allenthalben zahlreich zum Vorschein. In den Gärten sind in reicher Auswahl die verschiedensten Frühblüher zu erblicken; im Freien blühen längst Haselsträucher, Tausend, Gartenerdbeeren, Kletterhals, Feuerbusch u. s. w., und der Markt ist mit Weiden, Schneeglöckchen, wilden Narzissen überfüllt. Dabei haben sich in nicht unerheblicher Zahl schon die ersten Säger des Waldes eingestellt, während Insekten der verschiedensten Art und selbst Schlangen bereits ihre Winterquartiere verlassen haben.

Konstanz, 19. Febr. (Sch. M.) Seit dem 15. d. M. haben wir hier ein Packträger-Institut, das von dem Publikum stark benutzt wird. In kurzer Zeit soll diesem Institute auch eine Drochsenanstalt folgen, die ebenfalls als ein Bedürfnis für unsere Stadt und ihre herrlichen Umgebungen bezeichnet werden kann.

Konstanz, 22. Febr. Der Winter neigt sich seinem Ende zu, und zwar — zum großen Vergnügen und Nutzen unserer Brauer — mit einer seit vierzehn Tagen andauernden Temperatur von 1—3 Gr. unter Null in der Nacht, so daß es noch eine reichliche Ausbeute an Eis gibt, hier sowohl, wie in der nahen Schweiz. Uebrigens ist die Witterung so schön, als man sie nur wünschen kann. — Wenn Alles, was man über weitere Verzögerungen in Schaffhausen sagen hört, wahr wäre, so müßten wir unsere Hoffnungen, uns endlich einmal im Eisenbahnverkehr zu setzen, abermals hinauschieben. Doch sollen die betr. Postallmeistereien auf den 15. Mai oder 1. Juni gekündet worden sein. Uebrigens wird von Seiten der Stadt rühmlich am Umbau des Conciliums-Saales gearbeitet, um ihn zur Aufnahme der Banktage bei den Eröffnungsfestlichkeiten herzurichten. Er wird insoweit verändert, daß der hintere, nördliche Theil, wo die Sammlungen aufbewahrt waren, zum Haupteingang mit Stiegenhaus nebst Garderobe- und Büffetsimmern umgebaut wird, während der vordere, dem Bahnhofs zugewendete Theil, wo jetzt die Treppe hinaufführt und ein Expeditionsbureau ist, zu dem Saal gezogen wird. Der ganze Saalraum hat 12,000 Quadratfuß, von welchen 2000 für die ergebnen Räumlichkeiten abgehen, so daß der Saal noch keine 10,000 Quadratfuß behält. Einmal brauchbar hergerichtet, wird er sich gerade hier um so mehr in seinen vielen Vortheilen bewähren, weil wir jetzt, nachdem der Theateraal nicht mehr benötigt werden kann, gar keine größere Räumlichkeiten haben. Dieser Mangel hat sich besonders an den letzten Faschingsbällen der verschiedenen Gesellschaften fühlbar gemacht. — Am Faschnachtsdienstag war vom Bodan ein großer Umzug veranstaltet worden. „Blut und Eisen“, Krebs, griechische Bakatur, Gemeinvertheilung, ein leibhaftiges Lokomotiv u. s. w. gaben dem Ganzen manchen Reiz.

Bermischte Nachrichten.

Bruchsal, 22. Febr. Gestern wurde der Bürger Paul Feldkircher hier selbst zum Bürgermeister gewählt.

Frankfurt, 21. Febr. Die „Wiener Presse“ erzählt von hier die Mittheilung („Sensationsnachricht“), daß Hessen-Darmstadt bereit sei, mit Sach und Pack aus dem würzburgischen ins preussische Lager überzulassen, den Handelsvertrag mit Frankreich anzunehmen etc. So ansehnlich habe das Beispiel Kurheffens gewirkt! — Andererseits wollen die Hamburger Nachrichten wissen, daß der große russische Reformverein, weil er vom Senat in Frankfurt sicher abgewiesen werden werde, wiewohl diese Abweisung noch nicht erfolgt sei, Asyl in Darmstadt suche und bereits freundliche Zusage erhalten habe. — Drei Gemeinden des armen hessen-darmstädtischen Vogelbergs wenden sich durch Frankfurter Geistliche an die Wohlthätigkeit dieser Stadt zur Abhilfe gegen drohende Hungersnot.

Nachricht.

Telegramme.

Breslau, 23. Febr. Die heutige „Breslauer Zig.“ meldet aus Katowitz, 22. d.: Zahlreiche, vor den vorrückenden Russen fliehende polnische Familien. Die Russen sind in Zomelwitz eingetroffen und werden morgen früh in Sosnowice erwartet. Der Insurgentenanführer Kurovski hat sich erschossen.

Bucharest, 22. Febr. Die Adressen haben begonnen. Der nescio spricht sich gegen das Zweimündiger-Projekt, d. h. gegen die Einsetzung eines fremden Fürsten, aus. Beifall eines großen Theils der Kammer.

Verantwortlicher Redakteur:

Dr. J. Herm. Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Dienstag 24. Febr. 1. Quartal. 27. Abonnementsvorstellung. Neu einstudirt: **Rose und Nöschen**; Originalschauspiel in 4 Akten, von Charlotte Birch-Pfeiffer.

Theater in Baden.

Mittwoch 25. Febr. **Rose und Nöschen**; Originalschauspiel in 4 Akten, von Charlotte Birch-Pfeiffer.

Todesanzeige.

Z.1.354. Mannheim. Hiermit erfüllen wir die traurige Pflicht, Freunden und Bekannten anzudeuten, daß unser theurer Gatte und Vater am 16. dieses nach längerem Leiden sanft verschieden ist.

Zugleich nehmen wir Veranlassung anzuzeigen, daß die von demselben geführte Buchhandlung unter der bisherigen Firma: **Buchhandlung von J. Bensheimer** in unveränderter Weise fortgeführt wird. Wir bitten, das unsern seligen Gatten und Vater in so reichlichem Maße bewiesene Wohlwollen auch auf uns übertragen zu wollen.

Mannheim, den 20. Februar 1863.

Laura Bensheimer Wwe. und Kinder.

Z.1.348. Bruchsal. Civ.-Nr. 667, I. Senat. Erledigte Aktuarsstelle.

Bei dem großh. Landamtsgericht Karlsruhe ist die Stelle eines Aktuars mit einem Gehalte von 500 fl. jährlich erledigt.

Bewerbungen um dieselbe sind binnen 14 Tagen dahin einzureichen, wobei bemerkt wird, daß die Entlassung von der erwähnten Stelle nur durch großh. Justizministerium erfolgen kann, daß diese Stelle zum Eintritt in die Wittwenkasse berechtigt und verpflichtet, auch daß nur Bewerber berücksichtigt werden können, welche in die Wartliste eingetragen sind.

Bruchsal, den 16. Februar 1863.

Großh. bad. Hofgericht des Mittelkreises. Mülling. Besenbach.

Z.1.396. Karlsruhe. Bekanntmachung.

Es wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß mit höherer Genehmigung für den Transport von **„Eis“** in ganzen Wagenladungen auf den diesseitigen Eisenbahnen die Fracht auf 50 % der Tare 1. Klasse, und zwar bis zum 1. Mai d. J. gültig festgesetzt worden ist.

Karlsruhe, den 22. Februar 1863.

Direktion der großh. Verkehrsanstalten. Zimmer. Salzmann.

Z.1.340. Karlsruhe. Bekanntmachung.

Den Fahrplan für den Winterdienst, b. i. Kursänderungen betr.

Höherer Anordnung zufolge wird mit dem 1. März l. J. im Fahrplan der großh. Staats-Eisenbahn für den Winterdienst in der Art eine Aenderung eintreten, daß Personenzug 18 von Waldshut, welcher bisher in Kenzingen endigte, von obigem Tage an bis **Offenburg** fortgeführt und Personenzug 5, welcher bisher von Kenzingen ausging, künftig von **Offenburg** abgefertigt werden wird.

Der Abgang des Zugs 5 von Offenburg ist auf 4¹⁰ Uhr Morgens und die Ankunft des Zugs 18 daselbst auf 10²⁰ Uhr Nachts festgesetzt. Die Kurszeiten zwischen Kenzingen und Waldshut bleiben, abgesehen von einigen unwesentlichen Aenderungen auf der Strecke Kenzingen-Freiburg bei Zug 5, die bisherigen.

Das Nähere ist aus den bei den großh. Eisenbahn-Stationen ausgehängten Fahrplänen zu ersehen.

Karlsruhe, den 19. Februar 1863.

Direktion der großh. Verkehrsanstalten. Zimmer. Salzmann.

Z.1.346. Wiesbaden. Bekanntmachung.

Nachdem durch Beschluß vom 18. dieses Monats die alsbaldige Zurückzahlung eines Theiles des von einem Vereine deutscher Fürsten und Gbelleute am 1. November 1847 aufgenommenen Anlehens von ursprünglich 1,200,000 fl. festgesetzt ist, werden hierdurch die betreffenden Partial-Obligationen à 10 fl. von Nr. 1 bis 50,000 incl., in so weit solche nicht in den bis zum 15. November vorigen Jahres stattgefundenen Verlosungen gezogen worden sind, auf den 1. Juni a. e. in der Art gekündigt, daß die Inhaber derselben an diesem Termin den Betrag von 10 fl. nebst Zinsen à 4 1/2 % vom 15. November vorigen Jahres gerechnet, demnach 10 fl. 15 fr. per Stück gegen Rückgabe der Partial-Obligationen bei dem Banthause **Philipp Nicolaus Schmidt** zu Frankfurt a. M. um so gewisser zu erheben haben, als von diesem Termin ab die weitere Verzinsung aufhört.

Diejenigen Inhaber von solchen gekündigten Partial-Obligationen, welche vor dem 1. Juni a. e. Zahlung nebst laufenden Zinsen bis zum Zahlungstage zu erhalten wünschen, belieben sich deshalb mit dem obengenannten Banthause zu benehmen.

Wegen Erledigung des Anlehens-Restes bleibt weitere Bekanntmachung vorbehalten.

Wiesbaden, den 19. Februar 1863.

Namens des Vereins: Neuschär.

Z.1.355. Mannheim. Anzeige.

In Folge freundlicher Vereinbarung wurde ich meiner Welschelle bei Herrn **Kahn-Benninger** hier heute entbunden.

Da die mir hiezu nöthig gewesene Vollmacht abhandeln kam, so erkläre ich dieselbe in meinem und dem Namen meiner bisherigen Prinzipalität als durchaus ungültig.

Mannheim, den 19. Februar 1863.

Albert Sarteneck von Pirmasens.

Zu gewinnen am 28. Februar d. J. Zu gewinnen am 28. Februar d. J.

40,000 Gulden

Haupttreffer der Ziehung des Großherzog. Badischen Staats-Eisenbahn-Anlehens

welches in seiner Gesamtheit 400,000 Treffer zählt, worunter sich solche von 54 mal 40,000, 12 mal 35,000, 23 mal 15,000, 2 mal 12,000, 55 mal 10,000, 40 mal 5,000, 2 mal 4,900, 58 mal 4,000, 366 mal 2,000, 1944 mal 1,000 fl. zc. zc. befinden.

1 Loos mit Serie u. Gewinn-Nummer für obige Ziehung kostet fl. 3.

6 Loose mit Serie u. Gewinn-Nummer für obige Ziehung kosten fl. 15.

Damit sich jedoch Jedermann mit einer sehr geringen Einlage bei diesem allgemein bekannten und soliden Staats-Anlehen betheiligen kann, so sind die Loose mit Gewinnhoffnung auf diese Ziehung in halbe und viertel Antheilsscheine eingetheilt und kostet

1/2 Antheilsschein fl. 1. 30 fr., 1/4 " " " " " 45 "

Man kann daher mit dem geringfügigen Einsatz von nur 45 Kreuzer bei dem höchsten Treffer von 40,000 Gulden theilhaftig werden.

Gefällige Aufträge werden gegen Einzahlung des Betrags, Postvorschuß oder Posteingahlung prompt ausgeführt, und nach beendeter Ziehung die Gewinnliste unentgeltlich und franco übersandt durch die Staatssekretär-Handlung von

J. G. Lufmann jun.

Z. 947 b. in Frankfurt a. M.

Z.1.266. Hamburg. Man biete dem Glücke die Hand.

In Veranlassung der am 18. März beginnenden Ziehung der Hamburger Geld-Verloosung

bemerkte, daß dieselbe nach einem vom Hamburger Staate garantierten Verloosungsplan stattfindet. Die Verloosung enthält 19,700 Gewinne mit event. 200,000 Mark, 100,000, 50,000, 30,000, 20,000, 15,000, 10,000, 8000, 6000, 5000 zc. zc.

In kurzem Zeitraum bis 31. Dezember 1862 fielen in mein Debit folgende Gewinne:

1 a	1 a	2 a	10 a
152,500	103,000	102,000	100,000
	2 a	10 a	
	50,000	10,000	

seit dem 1. Januar 1863:

1 a	1 a	2 a	7 a
10,000	3000	2000	1000

Der beste Beweis, daß derselbe vom Glücke begünstigt ist, 2 Rthlr (3 fl. 30 fr.) Ein halbes Loos kostet 1 " (1 " 45 ") Zwei viertel Loose kosten 1 " (1 " 45 ")

Wit dem Verkauf dieser Loose autorisirt, empfehle solche zum geneigten Glucksversuch und dürfen die geehrten Auftraggeber einer prompten und zuverlässigen Bedienung gewärtig und versichert sein.

Das Risiko ist klein, die Chancen groß. **Louis Wolff,** Cotterie-, Bank- und Wechselgeschäft Hamburg, Ellertshors-Brücke 4.

Z.1.320. Hamburg. Nur 2 Thlr. Pr. Grt.

Neuesten Geldverloosung, deren Ziehung am 18. März d. J. stattfindet. Es werden nur vom Staate garantierte Original-Loose ausgegeben, daher ist dieses Unternehmen mit dem verbotenen Promessenspiel nicht zu verwechseln.

Diese Geldverloosung besteht aus 19,700 Gewinnen im Betrage von

2,367,900 Mark, in welcher nur Gewinne gezogen werden, worunter Haupttreffer, als: event. 200,000, 100,000, 50,000, 30,000, 20,000, 15,000, 8 a 10,000, 2 a 8000, 2 a 6000, 4 a 5000, 8 a 4000, 18 a 3000, 50 a 2000, 6 a 1500, 6 a 1200, 106 a 1000, 106 a 500 Mark u. f. w.

zur Entscheidung kommen. Auswärtige Aufträge, mit Remessen begleitet, oder durch Postvorschuß, werden nach den entferntesten Gegenden prompt und verschwiegen ausgeführt und die amtlichen Listen, sowie Gewinnregister sogleich nach der Ziehung versandt.

A. Goldfarb, Bankier in Hamburg.

Z.1.346. Karlsruhe. Läden und Wohnungen zu vermieten.

Langestraße Nr. 155, dem Erbprinzen gegenüber, sind mehrere größere und kleinere Läden nebst Wohnräumen von 3, 4 und 6 Zimmern im 3. und 4. Stock, sowie eine bel-etage mit 12 Zimmern und Zugehör auf den 23. April zu vermieten.

Z.1.388. Karlsruhe. Hausverkauf.

In einer der besten Gewerbslagen der Langestraße dahier ist ein noch neues, aus Stein erbautes Haus mit großem Laden unter annehmbarren Bedingungen aus freier Hand zu verkaufen; auch kann das seit langen Jahren bestehende lukrative Geschäft mit übernommen werden.

Darauf Reflektirende wollen ihre Adresse unter Chiffre H. S. bei der Expedition dieses Blattes abgeben.

Z.1.389. Müllheim. Offene Gehilfenstelle.

Ein ganz gewandter lediger Steuer-perquisitionsgeselle mit gefälliger Handschrift findet auf 1. Mai l. J. bei dem Unterzeichneten sündige Beschäftigung bei gutem Gehalte und freundlicher Behandlung.

Dienst- und Sittenzugnisse wollen die Bewerber ihren Bewerbungen franco anhängen. Müllheim, den 22. Februar 1863. Steuerperquator Müller.

Rechtschaffene Leute,

die Lust haben, sich für einen leicht und überall verkäuflichen Artikel zu interessiren und solchen gegen angemessene Vergütung in Commission zu nehmen, wollen sich in frankirten Briefen unter den Buchstaben P. P. Nr. 10 an die Expedition dieser Blätter wenden. Z.1.358.

Lehrlingsgesuch.

In einer frequenten Expedient- und Kurzwaarenhandlung einer großen Stadt des Mittelkreises wird auf nächste Ostern ein Lehrling gesucht. Näheres bei der Expedition dieses Blattes.

Bauführer.

Ein praktischer gebildeter Bauführer, dem über seine bisherigen Leistungen die besten Zeugnisse zur Seite stehen, wünscht in irgend einem Baugeschäfte placirt zu werden. Gefällige Offerten befragt die Expedition dieses Blattes.

Pferdverkauf.

Ein 5jähriger, fehlerfreier, arabischer Schimmelhengst, Reitpferd, sehr kräftig und ganz fromm, welcher sich auch zum Beschäler ganz gut eignen würde, ist zu verkaufen. Wo? sagt die Expedition dieses Blattes.

Pferde,

ein sechsjähriger Schimmel, Hengst, ein sechsjähriger Braun, Wallach, und ein dreijähriger Rappe, Stute, sind aus freier Hand zu verkaufen bei **J. Dreesen.**

Verkauf eines Weinhandlungsgeschäftes.

Der Besitzer einer seit vielen Jahren in einer an der Eisenbahn gelegenen größeren Amisshandlung des Mittelkreises betriebenen Weinhandlung in Willens, dieses Geschäft mit den Weinvorräten und Kienflicken unter sehr annehmbarren Bedingungen zu veräußern. Dasselbe erfreute sich bisher eines jährlichen Umsatzes von ca. 1400 Ohm in Stadt und nächster Umgegend, welcher durch weitere Ausdehnung noch sehr bedeutend erhöht werden kann, mit einem nachweislich sehr lukrativen Ergebnis.

Kaufinteressenten wollen ihre befalligen Anfragen bei der Expedition dieses Blattes unter Nr. 99 schriftlich einreichen und erhalten sofort nach den gegebenen Adressen nähere Auskunft.

Z.1.314. Baden. Hausversteigerung.

Die Stadtgemeinde Baden läßt am Montag den 2. März d. J. Vormittags 10 Uhr, auf dem hiesigen Rathhause das frühere Rathhaus auf dem Marktplatz dahier, einer, Karl Wapenanner sen. Wittve, ander, Albasas Sulzer, in 3 Theilungen in öffentlicher Versteigerung zum Kaufe aussetzen. Am Schluß der Verhandlung wird, wenn sich Liebhaber dafür vorfinden, das Gebäude um die erzielten Gebote im Ganzen einer Versteigerung ausgesetzt.

Der Plan über das Gebäude ist auf der Rathskanzlei zur Einsicht aufgelegt. Baden, den 18. Februar 1863. Bürgermeisteramt. Gaus. vdt. Dietrich.

Z.1.294. Overtkirch. Ankündigung.

In Folge richterlicher Verfügung werden dem Kaufmännler Adols Wälbin in Fernach am Mittwoch den 18. März 1863, Nachmittags 2 Uhr,

auf der Gemeindefestung zu Fernach nachbeschriebene Liegenschaften im Wege der Versteigerung öffentlich versteigert, wobei der endgiltige Zuschlag erfolgt, wenn der Schätzungsbetrag oder darüber geboten wird. Beschreibung der Liegenschaften.

1. Eine von Stein erbaute zweistöckige Wohnhausung mit Mahlmühle nach neuester Einrichtung, nebst einem von Stein erbauten Oekonomiegebäude, besonders sieden dem Gebäude zu einer Sägmühle, Hofraumbelag und Garten zu Fernach an der frequenten Straße nach Wyrenweiler gelegen, einerseits das Dorfbachlein, anderseits der Mühlbach, unten das Dorfbachlein, oben selbst. 16,000 fl.

2. 1 1/2 Morgen Wiesen, die j. g. Freimatte, einerseits das Dorfbachlein, anderseits der Mühlbach, oben Anton Balz, unten Hofstraße. 3,100 fl.

3. Drei Morgen Wiesen auf der Maulmatt, auf welcher das Sägmühlengebäude steht, einerseits der Mühlbach, anderseits Mehrere, unten Georg Sobapp, oben Mehrere. 5,000 fl.

Summa 24,100 fl. Overtkirch, den 14. Februar 1863. Der Versteigerungsbeamte: Fink, Notar.

Z.1.274. Wintereck. Kuchholz-Versteigerung.

Die Gemeinde Wintereck, Oberamts Kaffau, läßt am Samstag den 28. d. M., Vormittags 9 Uhr, aus ihrem Gemeinde-Forstwald nachbenannte Kuchholzstücke öffentlich versteigern, als:

40 Stck Eichen, worunter auch Holländerholz, 1 Kirschbaum, 1 Silberpappel von 269 Kubfuß, 1 Kiefer.

Die Zusammenkunft ist an oben benanntem Tag und zur bestimmten Stunde auf dem Rathhause dahier, von wo aus man sich in den Wald begeben wird. Wintereck, den 19. Februar 1863. Das Bürgermeisteramt. vdt. Stäbel, Rathsch.

Z.1.335. Sinsheim. Stammholz-Versteigerung.

Im hiesigen Stadtwalde - Däbrer Leich - werden auf Freitag den 27. dieses, Vormittags 11 Uhr, 24 Holländerbuchen und 11 Stämme Bauaspen auf der Hiebeshöhe versteigert; was mit dem Gemeindefestung gemacht wird, daß nach Beendigung dieser Versteigerung die Gemeinde Däbrer in ihrem angrenzenden Gemeindefestung 6 Stämme Holländerbuchen versteigert, zu welcher Steighandlung sich die Steiglehaber vom hiesigen Walde aus begeben können. Sinsheim, den 20. Februar 1863. Der Gemeindevorstand. Heis. vdt. Besch.

Z.1.286. Nr. 60. Friedrichthal. Holzversteigerung.

Aus großh. Forstwald werden versteigert, Freitag den 27. d. M., aus Abth. Farnen-Jagen u. Wolfsgarten: 215 Stämme forstenes Bau- und Nutzholz; Samstag den 28. d. M.: 185 1/2 Kstf. forstenes Scheit- und Prügelholz, 3250 Stck forstene Wellen, 20 Loos Schlagraum;

Montag den 2. März d. J. aus Abth. Jungen Ader: 1 Stamm eichenes Kuchholz, 297 Stämme forstenes Bau- und Nutzholz; Dienstag den 3. März d. J.: 1/2 Kstf. eichenes, 1 1/2 Kstf. forstenes Scheitholz; 4 1/2 Kstf. buchenes, 3 1/2 Kstf. eichenes, 100 1/2 Kstf. forstenes Prügelholz, 1375 Stck forstene Wellen, 14 Loos Schlagraum.

Die Zusammenkunft ist am 27. und 28. d. M. auf der Grabener Allee am Schried-Staffortter Weg; am 2. und 3. März auf der Grabener Allee am Friedrichthal-Lindenheimer Weg, jedesmal früh 9 Uhr. Friedrichthal, den 18. Februar 1863. Großh. bad. Bezirksforst. von Merhart.

Z.1.309. Nr. 94. Wilsbergingen. Holzversteigerung.

Im Domänenwald Steing nächst Stupferich werden auf Borgfrist bis 1. Juli 1863 versteigert, Dienstag den 3. März d. J.: 8575 Stck buchenes und 4175 Stck forstene Wellen; Mittwoch den 4. März d. J.: 4 1/2 Kstf. eichenes, 1 1/2 Kstf. buchenes und 139 1/2 Kstf. forstenes Scheitholz, worunter 7 1/2 Kstf. Kuchholz, 10 Kstf. forstenes Prügel- und 34 Kstf. forstenes Stochholz;

Freitag den 6. März d. J.: 172 forstene Bauhämme, 6 eichene dto., 54 forstene Sägtische und 7 eichene Wagnertische. Zusammenkunft jeden Tag Morgens 8 1/2 Uhr im Steing. Wilsbergingen, den 20. Februar 1863. Großh. bad. Bezirksforst. Hebenstreit.

Z.1.276. Nr. 957. Jettetten. (Erboerbung.)

Johann Keller, ledig, von Eiberg ist zur Erbschaft seiner den 22. October 1862 verstorbenen Base, Johann Georg Intlecker's Frau, Maria, geb. Stoll, von Erzingen, kraft Gesetzes berufen. Da sein derzeitiger Aufenthaltsort dießseits nicht bekannt ist, so wird derselbe hiermit aufgefunden, sich bei unterzeichneter Stelle binnen 8 Monaten zur Empfangnahme seiner Erbschaft zu melden, widrigenfalls die Erbschaft lediglich denjenigen zugeweiht werden wird, welchen sie zufällt, wenn er — der Erbgläubere — zur Zeit des Erbansfalls nicht mehr am Leben gewesen wäre. Jettetten, den 17. Februar 1863. Großh. bad. Amtsrevisorat. J. Veltl.

Bei einer Verlage.